



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 25. November 2012

Milic, Thomas ; Widmer, Thomas

Other titles: Analyse des votations fédérales du 25 Novembre 2012. Analisi delle votazioni federali del 25 Novembre 2012

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-84246>

Published Research Report

Published Version

Originally published at:

Milic, Thomas; Widmer, Thomas (2012). Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 25. November 2012. Bern: GfS Bern.

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 25. November 2012

Thomas Milic, Thomas Widmer

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Änderung vom 16.03.2012 des Tierseuchengesetzes (TSG)	946'200 68.3%	439'589 31.7%

Stimmbeteiligung: 26.9%

gfs.bern
Menschen.Meinungen.Märkte.
Hirschengraben 5
3001 Bern

Tel. 031 / 311 08 06
Fax 031 / 311 08 19
E-Mail: info@gfsbern.ch

Universität Zürich
Institut für Politikwissenschaft
Affolternstrasse 56
8050 Zürich

Tel. 044 / 634 38 48
Fax 044 / 634 49 25
E-Mail: milic@ipz.uzh.ch

VOX vom 25. November 2012

Hauptresultate der Analyse zur Abstimmung vom 25. November 2012

Am 25. November 2012 wurde dem Schweizer Stimmvolk die Revision des Tierseuchengesetzes zum Entscheid vorgelegt. Die Stimmenden nahmen sie mit einer deutlichen Mehrheit von 68.3 Prozent an.

Änderung vom 16.03.2012 des Tierseuchengesetzes (TSG)

Am Urnengang vom 25. November 2012 beteiligten sich so wenige Stimmberechtigte wie nie in den vergangenen vierzig Jahren. Dies lag im Wesentlichen daran, dass der Vorlageninhalt nur eine geringe persönliche Betroffenheit auslöste. Das zeigt sich etwa daran, dass eine Mehrheit von sechzig Prozent der Stimmberechtigten das Tierseuchengesetz für unwichtig erachtete. Diejenigen StimmbürgerInnen, welche trotzdem teilnahmen, taten dies in erster Linie (69% aller Teilnehmenden), weil sie *prinzipiell* keine Abstimmung auslassen.

Den wenigen, die teilnahmen, fiel der Entscheid jedoch nicht sonderlich schwer. Im Gegenteil, etwa zwei von drei Stimmenden (64%) gaben an, keine grossen Entscheidungsschwierigkeiten gehabt zu haben. Hingegen wurde vergleichsweise spät entschieden, was Anlass zur Vermutung gibt, dass viele der Teilnehmenden in erster Linie eine Bürgerpflicht erfüllen wollten, sich aufgrund des geringen Interesses am Vorlageninhalt aber erst spät zu einem Entscheid durchrangen.

Der Entscheid war unter anderem von der Parteisympathie abhängig. Die SP-, CVP- und FDP-AnhängerInnen folgten den Empfehlungen ihrer Parteien grossmehrheitlich. Bei den SVP-SympathisantInnen war das Stimmenverhältnis hingegen weit ausgeglichener. In unserer Stichprobe stimmte gar eine knappe Mehrheit (56%) *gegen* die Vorlage, folgte somit der Empfehlung der nationalen Delegiertenversammlung, nicht aber der Parlamentsfraktion. Auch das Regierungsvertrauen und die Haltung zur Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen spielte bei der Entscheidungsfindung eine bedeutende Rolle. Wer Vertrauen in die Regierung hat oder dem Bund grundsätzlich mehr Kompetenzen zuweisen möchte, stimmte der Vorlage signifikant häufiger zu (79 bzw. 78% Ja-Stimmenanteile) als solche, die der Regierung misstrauen oder für eine Stärkung des Föderalismus eintreten (45 bzw. 56% Ja-Stimmenanteile). Den grössten Einfluss hatte allerdings die Haltung zu staatlich verordneten Impfbobligatorien und dass, obwohl die Gesetzesänderung keine diesbezügliche Änderung mit sich bringt. ImpfgegnerInnen lehnten die Revision entschieden ab (76% Nein), während die ImpfbefürworterInnen sie deutlich annahmen (87% Ja).

Dazu passt auch, dass es für fast jede/n fünfte/n Stimmende/n (19%) bei der Abstimmung um die Impffrage ging, die, wie gesagt, von der Revision nicht betroffen war. Allerdings wurden auch andere Inhaltsdimensionen angegeben. Knapp ein Drittel (32%) war der Ansicht, es gehe bei der Abstimmung um eine Kompetenzverschiebung von den Kantonen zum Bund und weitere 23 Prozent verknüpften die Vorlage generell mit Präventionsmassnahmen gegen drohende Tierseuchen. 16 Prozent gaben an, nicht zu wissen, worüber sie abgestimmt hatten.

Die Gründe, weshalb der Vorlage zugestimmt wurde, waren breit gefächert. Genannt wurden: mehr Effizienz bei der Prävention von Tierseuchen (21%), Schutz der

Gesundheit der Tiere und der Bevölkerung (16%), die Revision eines veralteten Gesetzes (15%) und eine Zentralisierung im Bereich der Tierseuchenbekämpfung (12%). Ungewöhnlich häufig wurde zudem angegeben, dass man Empfehlungen gefolgt sei. Berücksichtigt man Erst- und Zweitnennungen bei der Frage nach den Entscheidungsgründen, folgten 27 Prozent der Ja-Stimmenden einer Empfehlung, wobei diejenige des Bundesrates mit Abstand am häufigsten genannt wurde.

Das Nein zur Revision war zu einem beträchtlichen Teil ein impfkritisches Nein. Etwa vier von zehn Nein-Stimmenden (42%) sahen ihr Nein zur Gesetzesänderung als ein Nein zu staatlich verordneten Impfungen.

Beinahe unbestritten war das Pro-Argument, wonach das bestehende Gesetz von 1966 revidiert werden müsse, um den neuen Gefahren einer globalisierten Welt effizienter begegnen zu können. Allerdings folgte eine relative Mehrheit der Stimmenden der Auffassung der GesetzesgegnerInnen bei der Impffrage. 47 Prozent glaubten, dass es bei der Abstimmung (auch) um die Frage staatlich verordneter Impfungen gehe. Nur eine relative Minderheit von 39 Prozent stellte sich diesbezüglich auf den Standpunkt der Regierung. 14 Prozent wiederum waren vom Deutungsstreit offensichtlich überfordert (oder generell schlecht über die Vorlage informiert) und enthielten sich einer substanziellen Meinungsäusserung. Allerdings hatte dies keinen Einfluss auf den Stimmentscheid. ImpfgegnerInnen lehnten die Vorlage grossmehrheitlich ab, ImpfbefürworterInnen stimmten ihr deutlich zu – unabhängig davon, ob sie nun glaubten, dass sich mit der Revision etwas an den Anforderungen für nationale Impfkampagnen ändere oder nicht.

Zur Methode

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung zur Volksabstimmung vom 25. November 2012. Die Befragung wurde vom Forschungsinstitut gfs.bern innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Abstimmung durchgeführt. Die Datenanalyse erfolgte durch das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich (IPZ). Die Befragung wurde von 99 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch durchgeführt, wobei gfs.bern die Möglichkeit hatte, die Interviews extern, und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Auswahl der Befragten wurde in einem dreistufigen Zufallsverfahren ermittelt. Der Stichprobenumfang betrug 1517 stimmberechtigte Personen, davon kamen 53 Prozent aus der Deutschschweiz, 27 Prozent aus der Westschweiz und zwanzig Prozent aus der italienischsprachigen Schweiz. Der Stichprobenfehler für die Gesamtheit der Befragten lag bei +/- 2.5 Prozent. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Teilstichproben klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist (50:50). In solchen Fällen können auf Grund des Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.